



Niederschrift

- öffentlicher Teil -

über die
6. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Ausschusses für Hoch- und Tiefbau
am 16.11.2012
in Rotenburg, Kreishaus, kleiner Sitzungssaal

Teilnehmer:

Mitglieder des Kreistages

Abg. Heinz-Günter Bargfrede	Vertretung für Abg. Jaap
Abg.e Renate Bassen	
Abg. Wilfried Behrens	
Abg. Jürgen Borngräber	Vertretung für Abg. Fricke
Abg. Heinz-Friedrich Carstens	
Abg. Lothar Cordts	
Abg.e Angelika Dorsch	
Abg. Hans-Hermann Engelken	
Abg. Thomas Lauber	
Abg. Reinhard Lindenberg	
Abg. Ulrich Thiart	Vertretung für Abg. Knabbe
Abg. Reinhard Trau	
Abg. Heinrich Willenbrock	

Mitglieder mit beratender Stimme

Abg. Manfred Dammann

Verwaltung

Erster KR Dr. Torsten Lühring
VA Christina Bonke
BAR Manfred Dasenbrock
Dipl.-Ing. Günter Fresen
KA Friedrich-Wilhelm Lüdemann
VA Thorsten Feist
Renate Braune

Entschuldigt:

Mitglieder des Kreistages

Abg. Henning Fricke

Abg. Hans-Joachim Jaap
Abg.e Marianne Knabbe

Tagesordnung:

a) öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
- 2 Feststellung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift über die 5. Sitzung des Ausschusses für Hoch- und Tiefbau vom 05.10.2012
- 4 Bericht des Landrates über wichtige Angelegenheiten
- 5 Verordnung für das Wasserschutzgebiet "Großes Holz" in Zeven
Vorlage: 2011-16/0323
- 6 Haushalt 2013
Vorlage: 2011-16/0284
- 7 Anfragen

a) öffentlicher Teil

Punkt 1 der Tagesordnung: **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit**

Die Vorsitzende **Abg.e Dorsch** eröffnet die Sitzung um 9:30 Uhr und stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest.

Als Gäste begrüßt sie Herrn Wolters von den Stadtwerken Zeven, Herrn Wischhusen vom Planungsbüro Lührs aus Bremen, Herrn Seidel vom Amt für Wasserwirtschaft und Straßenbau sowie die Pressevertreter der Rotenburger Kreiszeitung und Zevener Zeitung.

Punkt 2 der Tagesordnung: **Feststellung der Tagesordnung**

Die Tagesordnung wird einstimmig genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	13
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

Punkt 3 der Tagesordnung: **Genehmigung der Niederschrift über die 5. Sitzung des Ausschusses für Hoch- und Tiefbau vom 05.10.2012**

Die Niederschrift über die 5. Sitzung vom 05.10.2012 wird mit 4 Enthaltungen genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	9
-------------	---

Nein-Stimmen: 0
Enthaltung: 4

Punkt 4 der Tagesordnung: **Bericht des Landrates über wichtige Angelegenheiten**

VA Bonke berichtet über die anstehende Gasausschreibung. Anfang 2013 soll für ca. 310 Abnahmestellen von Landkreis und Kommunen eine Bündelgasausschreibung erfolgen. Der Leistungsbedarf beträgt ca. 45 GWh und wird für den Zeitraum vom 01.10.2013 – 30.09.2015 ausgeschrieben. Die Ausschreibung wird durch das Büro Energie Consult GmbH erstellt und soll ohne Gesteuervorgabe durchgeführt werden.

Aktuell sei es möglich, kleinere Mengen „Biogas“ (Brenngas, welches durch Vergärung von Biomasse jeder Art hergestellt wird) zu beschaffen und in das Netz einzustellen. Diese Möglichkeit beschränke sich aber auf Mengen von max. 2-10 GWh. Bieter-Interessenten wie RWE und EWE erklärten übereinstimmend, dass der Biogaspreis derzeit über doppelt so hoch sei, wie der für konventionelles Erdgas. Die Möglichkeit Windgas bzw. EE-Gas (Brenngas, welches mittels Elektrolyse unter dem Einsatz von Strom aus erneuerbaren Energien –EE hergestellt wird) zu beschaffen, sei auf absehbare Zeit nicht gegeben. Derzeit gebe es weltweit nur eine Windgas-Pilotanlage in der Uckermark, die im Oktober 2011 erstmals in Betrieb ging. Gespeist werde die Anlage von drei Windturbinen mit je 2 Megawatt. Die Leistung des Elektrolyzers betrage 500 KW bei ca. 75% Wirkungsgrad; damit sei die Verfügbarkeit gleich Null.

„Ökogas“ sei im Gegensatz zu Erd- und Biogas keine eigenständige Gasform. Die gelieferte Energie stamme meist aus einer Mischung von Bio- und Erdgas, könne aber auch zu 100% aus konventionellem Erdgas bestehen. Den Zusatz „Öko“ erlange es, weil das entstehende Kohlenstoffdioxid von Gasanbieter neutralisiert werde (durch Verbringung einer entsprechenden Menge CO₂ in unterirdische Gesteinsschichten).

Die Vorgabe, Erdgas zu liefern, das nachweislich ohne Einsatz von Frackingmethoden gewonnen / gefördert wurde, wäre im Ausschreibungsverfahren zulässig. Es könne jedoch nach übereinstimmender Auskunft von RWE und EWE aktuell nicht sichergestellt werden, dass das von ihnen gelieferte Erdgas ohne Fracking gewonnen wurde. Grund dafür sei, dass bei den Vorlieferanten keine Verpflichtung zum Herkunftsnachweis existiere. Dieser Nachweis der Erdgas-Gewinnungsmethode sei auch in absehbarer Zukunft nicht zu erwarten. Nach Auskunft von RWE und EWE würde derzeit auf dem Markt kein Erdgas ohne den Einsatz von Frackingmethoden angeboten. Es könne aktuell kein Energieversorger diese Vergabevorgabe bedienen.

Abg. Lauber lobt die ausführliche Recherche der Verwaltung und unterstützt das Ausschreibungsverfahren ohne Gesteuervorgabe. **Abg. Bargfrede** schließt sich dem an.

VA Bonke greift, wie dem **Abg. Lauber** zugesagt, noch einmal das Thema Efeubewuchs an Bäumen auf. Sie erklärt, dass Efeu an den Bäumen nur entfernt werde, um die regelmäßigen Sichtkontrollen durchzuführen. Es sei unumgänglich, dass der Stamm der Bäume kontrolliert werde. Im Alter treten hier häufig Schäden auf. Es werde im Einzelfall entschieden, ob der Efeu komplett entfernt werden müsse. **Abg. Lauber** verweist auf 5 - 6 Bäume auf dem Kreishausgelände, an denen der Efeu unnötig entfernt wurde. Er weist noch einmal darauf hin, dass alter Efeu ökologisch besonders wertvoll sei. Er stimmt dem Vorgehen einer Einzelfallüberprüfung jedoch zu.

Punkt 5 der Tagesordnung: **Verordnung für das Wasserschutzgebiet "Großes Holz" in Zeven**

Erster KR Dr. Lühring verweist auf den Sachverhalt in der Beschlussvorlage. Anschließend stellt **Herr Wolters** sich als technischer Leiter der Stadtwerke Zeven vor und gibt einen Überblick über die Stadtwerke mit Angaben zum Versorgungsgebiet, den Gemeinden als Mitglieder und der Verbandsaufgabe als beauftragtes Unternehmen der Samtgemeinde Zeven für die Wasserversorgung.

Für das von den Stadtwerken Zeven beauftragte Ingenieurbüro Lührs, Bremen, erläutert **Herr Wischhusen** mit dreidimensionalen Bildern und Auszügen aus den Antragsunterlagen die geologischen Verhältnisse im Bereich der Förderbrunnen und die Ermittlung der geologischen Abgrenzung des Wasserschutzgebietes anhand eines Strömungsmodells. Es sei sehr sicher bestimmbar, in welche Richtung der Wassertropfen fließe. Weiterhin beantwortet er während seines Vortrages einzelne Nachfragen.

Nach anschließender Diskussion über die Nitratbelastung im Grundwasser, Massentierhaltung und die Gefährdung des Grundwassers durch Biogasanlagen beschließt der Ausschuss einstimmig:

Die Herren Seidel, Wolters und Wischhusen verlassen die Sitzung um 10:35 Uhr.

Beschluss:

Die Verordnung des Landkreises Rotenburg (Wümme) über die Festsetzung eines Wasserschutzgebietes „Großes Holz“ in Zeven wird in der vorliegenden Form beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	13
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

Punkt 6 der Tagesordnung: Haushalt 2013

VA Bonke erläutert, dass im Frühjahr regelmäßig die Begehungen der Liegenschaften stattfinden. Daraus werde das Bauvolumen ermittelt. Aktuell wurde ein Baubedarf von 10,3 Mio € festgestellt. Hiervon entfallen allein 5,4 Mio € auf Maßnahmen in den Schulen. Z. Zt stehen hierfür jedoch keine Kapazitäten zur Verfügung, sodass das gesamte Bauvolumen für 2013 mit 3,9 Mio € angesetzt wurde.

Bei der Sanierung der Trinkwasserleitungen in der BBS ROW wurden diverse Mängel im Bereich des Brandschutzes und der Elektrotechnik festgestellt. Es ist davon auszugehen, dass in den anderen Liegenschaften ähnliche Mängel vorliegen. Zur Aufarbeitung dieser Arbeiten wurden erste Haushaltsansätze gebildet und eine Projektstelle beantragt. In den nächsten Jahren ist vermehrt mit Haushaltsansätzen für Brandschutzmaßnahmen zu rechnen.

VA Bonke hebt zwei Änderungen im Haushaltsplanentwurf heraus. Sie erklärt, dass für das Bachmann Museum BRV ein zusätzlicher Ansatz von 400.000,- € eingestellt werden solle (Produkt 11.1.03). Dieser Ansatz setze sich aus einem Zuschuss von 200.000,- € und aus einem Eigenanteil des Landkreises von 200.000,- € zusammen. **VA Bonke** sieht hierin eine Chance zur Sanierung des Bachmannmuseums, die unbedingt genutzt werden sollte. **Abg. Lauber** verweist auf den Kreisausschuss. Er möchte, dass dieser hierzu einen Beschluss fasst. **Abg. Lindenberg** kennt die Mängel im Bachmann Museum und befürwortet den Ansatz. **Erster KR Dr. Lühring** rät dazu, den Ansatz in der Änderungsliste aufzunehmen und im Kreisausschuss weiter darüber zu beraten.

Weiter gibt **VA Bonke** bekannt, dass 25.000,- € für die Machbarkeitsstudie eines Sporthallenbaus am St.-Viti-Gymnasium Zeven eingestellt werden sollen (Produkt 21.7.03). Es solle analysiert werden, wo und in welcher Form beim St.-Viti-Gymnasium gebaut werden könne. **Abg. Borngräber** begrüßt diese Vorgehensweise.

Abg. Lindenberg vermisst den erneuten Ansatz für die Parkplatzsanierung beim Kreishaus BRV. **VA Bonke** entgegnet, dass die Mittel hierfür nicht mehr zur Verfügung stehen. Eine erneute Veranschlagung wurde, nach Ablehnung der Maßnahme durch den Bauausschuss, nicht mehr vorgenommen.

Als weitere Position spricht **VA Bonke** den Büromöbelansatz unter Produkt 11.1.03 an. Hier sind die Kosten für die Wieder- und Zusatzbeschaffungen von Möbeln in div. Liegenschaften zusammengefasst. U.a. sei vorgesehen, die Tische im kleinen Sitzungsraum des Rotenburger Kreishauses mit Elektrifizierung zu erneuern. Des Weiteren stellt **VA Bonke** den Ansatz für neue Stühle und Tische im Kreishaus BRV zur Diskussion. Die Kosten hierfür betragen für die elektrifizierte Ausführung 135.000,- €, ohne elektrische Verkabelung 93.000,- €. Die **Abg. Borngräber** und **Bargfrede** sprechen sich für eine Beratung dieser Position in den Fraktionen aus. **Abg. Trau** merkt an, dass die Parkplatzsanierung beim Kreishaus BRV abgelehnt wurde und dass es dadurch unmöglich sei, jetzt neue Möbel zu beschaffen, zumal die Räumlichkeiten dort sehr selten benutzt würden. **Abg. Lindenberg** hält Ablagen unter den Tischen, speziell im kleinen Sitzungssaal in ROW, für erforderlich. **VA Bonke** entgegnet, dass es bei neuen Tischen regelmäßig keine Ablage mehr gäbe. **Abg.e Dorsch** lehnt eine Verkabelung der Tische ab. Sie ist der Meinung, dass im Raum genügend Steckdosen vorhanden seien und dass die Akkus der Tablet-PCs ausreichend seien. Man kam überein, den Ansatz in den Fraktionen und im Kreisausschuss weiter zu beraten.

Erster KR Dr. Lühring erörtert die weiteren Haushaltsansätze im Aufwand- und Investivbereich der Produkte 12.2.11, 12.2.12, 12.2.13, 54.2.01. **Abg. Borngräber** verweist auf die überschaubaren Kosten für das eigene Wasserlabor und fragt nach früheren Bestrebungen, das eigene Labor aufzugeben. **Erster KR Dr. Lühring** weist auf die Vorteile des Wasserlabors im eigenen Haus hin.

Abg. Lauber verlässt von 11:12 Uhr - 11:15 Uhr die Sitzung.

Erster KR Dr. Lühring erläutert kurz den Investitionsbedarf im Straßenbau. **Abg.e. Bassen** erkundigt sich nach dem Lückenschluss des Radweges Westervesede – Bartelsdorf. Sie erklärt, dass der erste Antrag bereits 1991 von ihr gestellt worden sei. Der Grunderwerb sei abgeschlossen, gebaut wurde bisher aber nicht. Sie sei mittlerweile ratlos und könne die Bürger kaum noch trösten. **Erster KR Dr. Lühring** sieht die Dringlichkeit, aber auch bei anderen Maßnahmen. Da die GVFG-Mittel begrenzt seien, billige das Land z.Zt. nur eine Maßnahme je Jahr zu. **Abg.e Dorsch** weist darauf hin, dass eine gemeindeseitige Vorfinanzierung in Betracht zu ziehen wäre. **Erster KR. Dr. Lühring** entgegnet, dass fertig gestellte Straßenbaumaßnahmen nicht nachträglich bezuschusst würden. Vorzeitiger Baubeginn bedeute Verlust der Fördermittel. Die Reihenfolge der Prioritätenliste könne jedoch jederzeit durch den Landkreis geändert werden, wenn dies beschlossen werde. Die Dringlichkeit aller Maßnahmen sei gegeben. **Abg. Thiart** merkt an, dass doch die Möglichkeit bestehe, nach dem Bereitstellen der Gelder die Prioritätenliste für den Radwegebau zu erstellen. **Abg. Bargfrede** sieht die Möglichkeit einer Kostenteilung zwischen Gemeinde und Landkreis. Ein entsprechendes Signal müsse jedoch aus der Gemeinde kommen. **Abg. Trau** spricht sich gegen eine Veränderung der Prioritätenliste aus. Hier solle man dem Landkreis vertrauen. Er sehe viele Gemeinden finanziell nicht in der Lage, sich an div. Radwegbaumaßnahme zu beteiligen. **Abg.e Bassen** weist noch einmal darauf hin, dass ihr der Lückenschluss am Radweg Westervesede – Bartelsdorf besonders am Herzen liege und wünscht sich den Baubeginn im Jahr 2013. **Erster KR Dr. Lühring** kann hierzu keine Zusage geben. Er erklärt noch einmal, dass jedes Jahr eine Maßnahme zur Ausführung komme, es sei denn der Kreistag beschließt, Maßnahmen ohne GVFG-Förderung durchzuführen, was sicherlich niemand wolle. **Abg. Carstens** erkundigt sich nach dem Lückenschluss des Radweges an der L 171 zwischen Visselhövede und Verden. **Dipl.-Ing. Fresen** erklärt, dass dieser kreisübergreifende Radweg auf Wunsch des Landkreis Verden an 1. Stelle in der beim Land geführten Prioritätenliste aufgerückt sei. Innerhalb des Landkreises ROW stehen die Radwege Abbendorf – Eisdorf, für den Verdener und der Weg Richtung Kutenholz für den Stader Geschäftsbereich der Straßenbaubehörde Niedersachsen, an 1. Stelle. **Abg. Lindenberg** regt an, zukünftige Baumaßnahmen zusammen zu legen. **Abg. Willenbrock** möchte wissen, welche Maßnahmen, innerhalb des Landkreises oder an der Kreisgrenze, wichtiger seien. **Erster KR Dr. Lühring** entgegnet, dass das keine Rolle spiele. Der Landkreis entscheide hierüber. **Abg. Lindenberg** fragt nach, wer den Kontakt zum Nachbarkreis aufnehme. **Dipl.-Ing. Fresen** erklärt, dass in den Prioritätenlisten beider Landkreise der Radweg mit aufgenommen sei und vom Land zu gegebener Zeit komplett gebaut würde. Die

betroffenen Kreise müssen aber einverstanden sein. **Abg.e Dorsch** ruft alle Kollegen auf, sich noch einmal mit dem zuständigen Landesvertreter in Verbindung zu setzen.

Beschluss:

Für die weitere Beratung zum Haushaltsplan 2013 werden die Planansätze der besprochenen Produkte einschließlich der zusätzlich aufzunehmenden Ansätze für das Bachmannmuseum und dem St.-Viti-Gymnasium empfohlen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	13
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

Punkt 7 der Tagesordnung: Anfragen

Abg. Behrens erkundigt sich nach den fehlenden Rand- und Mittelsreifenmarkierungen auf den Kreisstraßen. **Erster KR. Dr. Lühring** erklärt, dass in den geschlossenen Ortslagen absichtlich darauf verzichtet würde und weist auf den psychologischen Aspekt hin. Die fehlende Markierung soll ein vorsichtiges Fahren suggerieren. Die **Abg. Lauber, Bassen, Behrens** und **Cordts** weisen auf die Gefährlichkeit bei Dunkelheit, Nebel und andere Witterungseinflüsse hin und sehen hierin ein neues Gefahrenpotential. **Dipl.-Ing. Fresen** entgegnet, dass das Weglassen der Mittelmarkierung in den Ortsdurchfahrten mit der Verkehrssicherheitskommission abgestimmt sei, und dass für das Aufbringen von zusätzlicher Randmarkierung bei vielen Kreisstraßen die hierfür erforderliche Mindestfahrbahnbreite nicht vorhanden sei. **Abg. Lauber** rät zu einer Diskussion in den Fraktionen. Er spricht sich dafür aus, hierfür einen neuen Tagesordnungspunkt zu schaffen.

Sitzungsunterbrechung von 11:45 Uhr – 11:50 Uhr.

Die Pressevertreter verlassen die Sitzung um 11:50 Uhr

Abg. Thiart verlässt die Sitzung um 11:50 Uhr.

Vorsitzender

Landrat

Protokollführer